

# Pressemitteilung



PM 104  
17. August 2011  
fri/sb  
[www.hessen-thueringen.dgb.de](http://www.hessen-thueringen.dgb.de)

## **DGB: Beamte werden willkürlich benachteiligt!**

„Die im Gesetzentwurf der Regierungsfractionen vorgesehenen drastischen Kürzungen gegenüber dem Tarifergebnis stellen eine willkürliche Benachteiligung der Beamtinnen und Beamten gegenüber den Tarifbeschäftigten dar. Gleichzeitig werden die Beamtinnen und Beamten abgekoppelt von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Angesichts der aktuellen Preissteigerungsraten von 2,3 Prozent findet nicht einmal ein Inflationsausgleich statt“, kritisiert Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen den Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung, zu dem heute eine Anhörung im Landtages stattfindet. Hinzu kämen, so Körzell, die angekündigten massiven Kürzungen im Bereich der Beihilfeleistungen für die Beamtinnen und Beamten.

Der DGB weist darauf hin, dass bereits in den vergangenen Jahren die realen Jahreseinkommen der Beamtinnen und Beamten in Hessen spürbar zurückgegangen seien. Zwischen Juli 2003 und Juni 2011 seien sie um über sechs Prozent geschrumpft. Diese Quote erhöhe sich noch deutlich, wenn die Arbeitszeitverlängerung von 2004 in die Betrachtung mit einbezogen werde. Körzell: „Insgesamt haben die Beamtinnen und Beamten durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit, den Wegfall des Urlaubsgeldes, die Abschmelzung der Sonderzuwendungen und die inflationäre Preisentwicklung in den letzten acht Jahren in Hessen reale Einkommensverluste in Höhe von 17 Prozent hinnehmen müssen.“

Nicht behauptet werden könne, das Land Hessen habe kein Geld und müsse deshalb die Gehaltskürzungen bei den Beamtinnen und Beamten vornehmen, so Körzell weiter. „Laut aktueller Steuerschätzung steigen die Einnahmen des Landes in diesem Jahr und in den kommenden Jahren um mehrere 100 Millionen Euro jährlich an.“ Die Steuereinnahmen des Landes Hessen (abzüglich des Länderfinanzausgleiches) lagen nach Angaben des Bundesfinanzministeriums im ersten Halbjahr 2011 um 15 Prozent über dem Niveau des Vergleichszeitraums 2009. Auch mittelfristig betrachtet seien – trotz Krise – die Steuereinnahmen (abzüglich des Länderfinanzausgleiches) angewachsen: zwischen 2003 und 2010, dem Zeitraum in dem die hessischen Beamtinnen und Beamten herbe Verluste bei den Realeinkommen hinnehmen mussten, um knapp 15 Prozent, was einem preisbereinigten Wachstum von rund 3 Prozent entspreche.

Angesichts dieser Zahlen habe die Landtagsmehrheit auch offensichtlich keinen Grund gesehen, auf die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge am 1. Juli 2011 zu verzichten. Diese wurden um rund 200 Euro auf 7.141 Euro monatlich erhöht, was einer Steigerung von 2,8 Prozent entspricht. Die Bezüge der hessischen Beamtinnen und Beamten sollen demgegenüber nur um 1,5 Prozent steigen und dies erst ab Oktober 2011. Hinzu kämen nun die gravierenden Kürzungen im Rahmen der Beihilfe.